

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

Einsetzung einer Enquete-Kommission AIDS

Der Bundestag wolle beschließen:

Zur Verbesserung und Intensivierung der parlamentarischen Diskussion im Deutschen Bundestag wird eine Enquete-Kommission „Möglichkeiten der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, mit AIDS zu leben“ gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags eingesetzt.

Die Kommission setzt sich aus acht Abgeordneten des Deutschen Bundestages zusammen. Jede Fraktion benennt zwei Mitglieder. Weitere Mitglieder der Kommission sind zehn nicht dem Deutschen Bundestag, der Bundes- oder Landesregierung angehörige Sachverständige, die von der Kommission selbst benannt werden. Diese Sachverständigen sollen nicht zuerst Wissenschaftler sein, sondern Persönlichkeiten, die mit der AIDS-Problematik besonders vertraut sind.

Sie sollen Probleme aus dem Bereich des Datenschutzes, des Schutzes der Grundrechte, der AIDS-Vorsorge in Kommunen und Ländern, den Stand der medizinischen Forschung, die Probleme von Prostituierten, Homosexuellen, Blutern, die Betreuung bereits Infizierter sowie die Selbsthilfeorganisationen gegen AIDS berücksichtigen.

Die Enquete-Kommission wird beauftragt, zusammen mit dem Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit eine Stellungnahme zu erarbeiten und diese dem Deutschen Bundestag im Herbst 1987 vorzulegen.

Die Kommission soll die gesellschaftliche Diskussion über die Immunschwächekrankheit AIDS vorantreiben und gemeinsame Strategien als Grundlage für Entscheidungen des Deutschen Bundestages erarbeiten. Diese Kommission kann die Aufgaben wissenschaftlicher Forschung nicht ersetzen. Sie kann auch nicht die notwendigen Maßnahmen der Regierung übernehmen. Sie hat vielmehr die Aufgabe, das Parlament in seiner politischen Verantwortung für die Meinungsbildung in der Bevölkerung zu stärken.

Bonn, den 7. Mai 1987

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Nach Abzug vieler Panik- und Angstübertreibungen entwickelt sich die Immunschwäche AIDS zu einer Krankheit, die die Gesellschaft und das Leben sehr vieler Menschen bedroht und gegen die bisher keine wirksamen oder erfolgversprechenden Gegenmittel entwickelt werden konnten. Die Kommission soll die Debatte über mögliche Gegenmaßnahmen und den Schutz vor Infizierung von einer Position der Vernunft und des sozialen Gewissens aus führen und mit gesundheits-, sozial- und finanzpolitischen Folgerungen verbinden, die es uns allen ermöglichen, mit der neuen Krankheit zu leben.

Die Kommission soll dazu beitragen, ein Vorsorgeprogramm zu entwerfen, das die berechtigten Sorgen der Menschen vor AIDS ernst nimmt und trotzdem jedem Versuch, Vorurteile gegen unsere Mitmenschen zu schüren, energisch entgegenwirkt.

Die Kommission soll bewußt machen, daß für infizierte Menschen eine Vorsorge geschaffen werden muß, die die finanziellen, medizinischen und sozialen Aspekte der Krankheit berücksichtigt. Jeder Form von Diskriminierung, Selektion oder Getthoisierung muß entgegengetreten werden.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat aber in den Schlafzimmern der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nichts zu suchen.